

16. VI. 1917

7A

Hauptausschussführung des Deutschen Städtetages.**Oberbürgermeister Bermuth
über die Lebensmittelversorgung.**

Heute früh begann im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Berliner Rathauses die Hauptausschussführung des Deutschen Städtetages, die zweite während des Krieges. Vertreter von etwa 50 Städten sind anwesend, u. a.: Dr. v. Borscht-München, Dr. Dittrich-Leipzig, Blüher-Dresden, Lautenschlager-Stuttgart, Wallraf-Köln, Tramm-Hannover, Matting-Breslau, Voigt-Frankfurt a. M. Die Sitzung, die voraussichtlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen wird, wird in ihrem ersten Teil Lebensmittelfragen und in ihrem zweiten Teil Kohlenversorgungsfragen umfassen.

Oberbürgermeister Bermuth eröffnete als Vorsitzender die Verhandlungen über die Lebensmittelfragen mit folgenden Ausführungen:

„Der Zusammentritt des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages zeigt, wie wichtig den Städten eine Aussprache über die Kriegsversorgung ist. Kaum je war sie nötiger als diesmal. Gerade im jetzigen entscheidenden Augenblick müssen die Kräfte von neuem zusammengefaßt und gespannt werden, um jeden Zweifel über unser wirtschaftliches Ausdauern nochmals und endgültig zu Boden zu schlagen. Und während mit den Sorgen der letzten Monate des Erntejahres gerungen wird, muß zugleich und am schärfsten sich der Blick auf Verbesserungen im neuen Erntejahr richten. — Wir stellen zu dem Zweck die Kraft und Hingebung der Selbstverwaltung wiederum freudig in den Dienst von Reich und Staat. Um so unbefangener kann man zugleich wünschen, daß die äußere Art des Zusammenarbeitens mit ihnen etwas erleichtert werden möchte.

Unverkennbar hat seit Einrichtung der sogenannten Lebensmittelverwaltung eine gewisse Ueberorganisation der Behörden um sich gegriffen. Nach meiner Rechnung sind jeder Gemeinde mehr als sechzig Instanzen, zivil- und militärische, neu entstanden, die in den Bereich der Selbstverwaltung hineinwirken. Bei solcher Vielfältigkeit liegt die Gefahr der Verwirrung und der Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls für jede einzelne der neuen Behörden nahe; für die Gemeinden aber droht eine Lähmung der Tatkraft, wenn ihre Willensäußerungen jederzeit von dem Willen so vieler anderer Stellen, die sämtlich schrankenlose Befugnis besitzen, durchbrochen werden können. Es ist überhaupt bemerkenswert, daß in der Zeit, welche ausgesprochenemmaßen nach Stärkung der Selbstverwaltung strebt, die tatsächliche Entwicklung sich über das Bedürfnis des Krieges hinaus nach der Seite der Bureaucratie vollzieht.

Bei manchem Lebensmittel wird man auch sagen müssen, daß die verfeinerte Organisation in dem, was die Städte am unmittelbarsten angeht, in der Heranschaffung an die Verbrauchsstätten entscheidende Erfolge nicht erzielt hat. Gewiß nicht bei der Kartoffel; hier hat neben der Ungunst der Ernte doch auch die Unsicherheit der Maßregeln unerfreuliche Folgen gezeitigt. Beim Getreide wäre die Verteilung zum mindesten konstanter gewesen, wenn die Nachprüfung der Schätzungen zeitiger eingeseht hätte. Die Organisation der Zuführung von Milch nach den großen Städten kann gewiß noch erheblich verbessert werden. Das seien Beispiele dafür, wohin unsere Beratungen zielen werden.

Wir wollen keine Vorwürfe erheben, sondern den Reichs- und Staatsorganen, aber nicht minder uns selbst den Anreiz zu weiterem positiven Schaffen geben. Ganz besonders auch bei dem zweiten Hauptgegenstand der Tagesordnung, der Kohlenversorgung, die dem Lebensmittelwesen jetzt in Wichtigkeit und Regelungsbedürftigkeit vollkommen ebenbürtig zur Seite tritt. Auch bei ihr müssen wir, wie ich meine, die Stimme so laut als möglich erheben, damit die Sommermonate ohne jedes Zaudern und Schwanken ausgenutzt werden und wir nicht im Winter, durch die Ereignisse überrascht, uns von Tag zu Tag vorwärts zu tasten brauchen. — Mit Ihnen allen hege ich den Wunsch, daß unsere Aussprache diesen Notwendigkeiten inhaltlich gerecht werden und daß sie um deswillen nachhaltig wirken möge.